

Besserer Schutz für Zwangsprostituierte

Osnabrück/Berlin. Die Innenminister der Bundesländer haben sich Ende vergangener Woche auf ihrer Konferenz in Osnabrück für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht von Zwangsprostituierten ausgesprochen - wenn sie mit den Behörden »zusammenarbeiten«. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) erklärte, man wolle, »daß Frauen, die zur Überführung von Kriminellen beitragen, auch erleichterten Aufenthalt in Deutschland bekommen«.

Die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes (TdF) begrüßte die Willensbekundung, als »positives Signal«, kritisierte jedoch, daß der Aufenthaltstitel von der Aussagebereitschaft des Opfers abhängig gemacht werden soll. Den Betroffenen müsse aus humanitären Gründen und ohne den Zwang, vor Gericht aussagen zu müssen, ein unbefristetes Aufenthaltsrecht gewährt werden, forderte Anna Hellmann, TdF-Referentin für Frauenhandel.

(jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/212074.besserer-schutz-für-zwangsprostituierte.html>